



Unser Ziel: Ohne die Grünen

Sachsens Regierungschef setzt große Hoffnungen auf die Fußball-EM. Die Ampel sieht Michael Kretschmer (CDU) auf einem Irrweg – vor allem eine Partei

VON CLAUDIA CHRISTIAN MALZAHN
UND NIKOLAUS DOLL



MARLENE GAWRISCH/WELT

Michael Kretschmer (CDU) regiert in Sachsen noch mit den Grünen



Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer empfängt die Reporter in seinem Büro in der Staatskanzlei. Dort hängt seit Kurzem auch ein großes Foto der verstorbenen Dynamo-Dresden-Legende Dixie Dörner. Der CDU-Politiker ist im Fußballfieber. Erst einmal geht es deshalb um die schönste Nebensache der Welt.

WELT AM SONNTAG: Herr Kretschmer, in rund drei Wochen beginnt die Fußball-Europameisterschaft. Wer wird Europameister?

MICHAEL KRETSCHMER: Deutschland! Wir brauchen diesen Sieg. Wir brauchen gute Stimmung im Land und Zuversicht.

Einer der Austragungsorte ist Leipzig. Rechnen Sie nicht mit massiven Sicherheitsrisiken?

Ich wünsche mir ein Sommermärchen wie das zur WM 2006. Wenn schon die Bundesregierung patzt, muss es eben der Sport rausreißen. Es gibt so viele Gründe, auf dieses Land stolz zu sein, zu feiern und sich die Laune nicht verderben zu lassen. Was die Sicherheitslage angeht: Die Behörden werden mit allen Mitteln des Rechtsstaates gegen Störer vorgehen, genau wie gegen politische Extremisten, die diese EM nutzen wollen, um Aufmerksamkeit zu bekommen. Es sind geistige Brandstifter, die 2017 in den Deutschen Bundestag gekommen sind, die eine Aggressivität, eine Bösartigkeit an den Tag legen, wie es vorher nicht bekannt gewesen ist.

Sie meinen die AfD?

Deren Agitation und Propaganda hinterlässt tiefe Spuren. Sie bezeichnen mich als Volksverräter, sie wollen raus aus der Europäischen Union. Diese Leute sind der Grund, warum es zu Exzessen kommt. Da werden anscheinend Bestechungsgelder eingesackt, wird im Auftrag fremder Mächte spioniert. Immerhin wird nun deutlich, was für Charaktere hinter dieser Partei stehen.

Dennoch führt die AfD noch immer in den Umfragen in Sachsen.

Durch die Skandale der vergangenen Wochen sehen wir, was sich tatsächlich unter dem bürgerlichen Schleier verbirgt, den sich diese Partei gegeben hat. Die AfD ist politisch bankrott, ihre Protagonisten sind halbseidene, unseriöse, zuweilen kriminelle Figuren.

Wenn Sie den Wahlkampf mit dem vor fünf Jahren vergleichen: Wo liegen die Unterschiede?

Auch damals gab es Menschen, die un-

zufrieden waren. Darauf hatte die Bundesregierung reagiert. Beispielsweise Innenminister Horst Seehofer hatte verstanden, dass man sich um Menschen kümmern muss, wenn sie sich abgehängt fühlen. Der öffentliche Personennahverkehr wurde besser finanziert, die Digitalisierung vorangetrieben, in den ländlichen Regionen wurden weitere Behörden eingerichtet. Das war eine politische Offensive.

Und heute?

Gibt es nichts dergleichen. Die Ampel-Regierung ist mit Nebenkriegsschauplätzen beschäftigt, das geht an den täglich arbeitenden und lebenden Menschen in den kleinen Städten, den ländlichen Regionen völlig vorbei. Das führt zu großem Frust. Daraus zieht die AfD ihre Energie.

Erreichen Sie die Anhänger der AfD überhaupt noch?

Viele stecken ganz in den sozialen Netzwerken fest. Wenige lesen Tageszeitungen. Kurzfristig kann man diese Menschen aus ihren Blasen kaum herausbewegen. Den 70 Prozent der Bevölkerung in Sachsen, die diese Partei nicht wählen wollen, muss klar sein, dass die AfD auf keinen Fall stärkste Kraft werden darf und dass wir eine bürgerliche Regierung brauchen, um diesem Land eine vernünftige Zukunft zu geben. Wir müssen uns an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren, nicht an politischer Ideologie.

Was heißt das?

Eine Energiewende, koste es, was es wolle, auf Kosten von Arbeitsplätzen, wollen die Menschen nicht. Eine Mobilitätswende, die ihnen vorschreibt, welches Auto sie fahren dürfen, wollen die Deutschen auch nicht.

Niemand schreibt uns vor, ein E-Auto zu kaufen.

Ich gebe die Stimmung im Land wieder. Einerseits boomt der E-Bike-Markt. Aber wenn Sie auf einer Veranstaltung sagen, ich fahre einen Diesel, setzt tosender Applaus ein. Bis zum geplanten Verbrenner-Aus 2035 ist es nicht mehr so lange hin. Das besorgt die Leute. Deswegen lehne ich das Datum ab und bin für eine Vielfalt der Antriebe. Selbstverständlich werden E-Autos in Zukunft eine größere Rolle spielen, deshalb wird sich der Freistaat Sachsen auch sehr für den Ausbau der Ladeinfrastruktur engagieren.

Würden Sie nach der Landtagswahl mit den Grünen weiterregieren? Und wie sehen Sie die Chancen für Schwarz-Grün im Bund?

Die Grünen konnten nach der Bundes-

tagswahl 2021 in die Regierung eintreten, weil die Menschen geglaubt haben, dass sich am Ende auch diese Partei an den wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten dieses Landes orientieren wird. So war es immer in der Geschichte der Bundesrepublik. 2021 gab es eine große Sehnsucht nach frischen Ideen, nach neuen Köpfen. Aber es gab ein großes Grundvertrauen. Über Jahrzehnte hatte man sich in Deutschland darauf verlassen können, dass bei allen parteipolitischen Vorstellungen am Ende die wirtschaftliche und soziale Realität maßgeblich für politisches Handeln ist. Und jetzt stellen wir fest, dass das ganz offensichtlich nicht mehr so ist. Die Bundesregierung bleibt auf ihrem Irrweg, getrieben durch die Grünen. Unser Ziel muss eine Regierungsbildung ohne die Grünen sein.

Im Land, im Bund?

Sowohl in Sachsen also auch im Bund. Die CDU muss das offen aussprechen, wir müssen da ganz klar sein. Weil das die Erwartungshaltung der überwiegenden Anzahl der Menschen in Deutschland ist.

Wenn Sie den Grünen eine Abfuhr erteilen, liefern Sie die CDU nicht völlig der SPD aus?

Wenn man bei seiner täglichen Arbeit immer nur an potenzielle Koalitionen denkt, verliert man den Kompass. Die CDU hat gerade ihr Koordinatensystem auf dem Berliner Parteitag vor rund zwei Wochen mit unserem neuen Grundsatzprogramm wiedergefunden.

Aber auch die CDU will eine restriktivere Migrationspolitik. Brauchen wir eine Verstärkung der Kontrollen an den deutschen Grenzen, um die illegale Zuwanderung zu stoppen?

Selbstverständlich, wir müssen wissen, wer zu uns kommt. Wir müssen den Schleppern, wo immer es geht, das Handwerk legen. Wir müssen die Todesfälle verhindern, wenn Menschen in Kastenwagen geschmuggelt werden und dort ersticken. Es muss uns gelingen, den Zustrom auf 50.000 bis 60.000 Menschen pro Jahr zu begrenzen. Nur dann gelingt es, möglichst viele zu integrieren. Selbst Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat erklärt, dass die derzeitige Zuwanderung unsere Integrationskraft überfordert. Und wir sehen, dass die Zahlen aktuell wieder steigen. Nach unserer Einschätzung werden in diesem Jahr 250.000 Zuwanderer nach Deutschland kommen. Die Bundesregierung gibt keine Prognosen mehr ab. Damit sind unsere Kommunen überfordert.

Wie wollen Sie denn die Zahl der Zuwanderer auf bis zu 60.000 pro Jahr drücken?



Es gibt viele Möglichkeiten, Schutz zu gewähren und zugleich die Migration, vor allem die illegale, zu begrenzen. Man muss es wollen – die Ampel-Koalition will das nicht. Wir können noch stärker unterscheiden, wer kein dauerhaftes Bleiberecht oder eine Aussicht darauf hat. Wer nicht bleiben kann, sollte sich an genau definierten Orten aufhalten müssen, wie das in Dänemark vorgeschrieben ist. Man kann darüber reden, dass die, die straffällig werden, ihren Schutzstatus verlieren.